

Wer die Stahlindustrie halten will, muss handeln!

Forderungen der Stahlindustrie in Deutschland für die 21. Legislaturperiode

Die Stahlindustrie ist nicht nur das Fundament der industriellen Wertschöpfung in Deutschland, sondern auch tragende Säule der Wettbewerbsfähigkeit, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Resilienz unseres Landes sowie des Kontinents. Stahl ist ein essenzieller Grundstoff für nahezu alle Wertschöpfungsketten einschließlich der Bereiche Verteidigung, Infrastruktur, Bau und Energieversorgung. Zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze in Deutschland sind stahlintensiv. Das sind vier Millionen Menschen – sowohl in Konzernen als auch in mittelständischen Betrieben. Jeder Euro, den stahlproduzierende Unternehmen am Standort Deutschland investieren, generiert drei weitere Euro in den angrenzenden Zuliefersektoren, die oft mittelständisch geprägt sind.

Mit anderen Worten: unsere Stahlindustrie ist systemrelevant. Und sie hat sich entschieden, den Umbau zur klimaneutralen Produktion zu beschreiten und dabei signifikante Investitionen in diesem Bereich getätigt. Zugleich hat sich das wirtschaftliche Umfeld für die Unternehmen in den letzten Jahren dramatisch gewandelt – durch eine langanhaltende Rezession, durch stetig steigende unfaire Billigimporte aus Fernost, durch massiv gestiegene Energiekosten und durch einen zunehmend härteren geoökonomischen Wettbewerb mit Ländern, die eine aggressive Industriepolitik betreiben. In dieser Situation ist eine starke Stahlindustrie in Deutschland und Europa nur mit einer klugen, pragmatischen und effektiven politischen Flankierung möglich.

Damit die Stahlindustrie mit ihrem Umbau zur klimaneutralen Produktion und ihren emissionsreduzierten Produkten erfolgreich sein kann, braucht es politisches Handeln. Die ambitionierten Klimaziele müssen Hand in Hand gehen mit dem klaren politischen Willen, die Stahlindustrie in Deutschland und Europa wettbewerbsfähig zu halten und zukunftsfähig zu machen. Standortnachteile müssen beseitigt und unfaire Marktbedingungen ausgeglichen werden.

Dazu muss eine neue Regierung sowohl mittel- und langfristige Themen strategisch und gezielt angehen. Und dazu muss sie schon in den ersten 100 Tagen Ad-hoc-Maßnahmen umsetzen, um irreversible Schäden zu verhindern:

1. Schnelle Entlastung bei Stromkosten: Sofortige Absenkung der Übertragungsnetzentgelte auf das Niveau von 2023, mit Rückwirkung zum 1. Januar 2025 als ein erster Schritt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Klima- und Transformationsfonds. Das ist notwendig, weil Strompreise

weiterhin nahezu doppelt so hoch sind wie vor der Krise, während die Netzentgelte weiter steigen und die Industrie noch zusätzlich erheblich belasten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird durch diese Entwicklungen gefährdet. Um die Industrie am Standort zu halten und die Transformation erfolgreich zu gestalten, ist eine deutliche Senkung der Strompreise daher unabdingbar.

2. Konsequenter Handelsschutz im Stahlbereich: Sofortige Aufnahme von Gesprächen mit der Europäischen Kommission für eine umgehende und umfassende Verschärfung der bestehenden EU-Safeguard-Maßnahmen. Parallel muss ein dauerhaftes und effektives Instrument entwickelt werden, das die Safeguards im Sommer 2026 ablöst und die Stahlindustrie insbesondere während der Transformation vor den Auswirkungen der globalen Überkapazitäten schützt. Ziel ist ein wirksamer Schutz vor den negativen Auswirkungen der ungebremst wachsenden globalen Überkapazitäten und den damit einhergehenden unfairen Handelspraktiken.
3. Wirksamer Carbon Leakage-Schutz: Sofortige Aufnahme von Gesprächen mit der EU-Kommission und dem Europäischen Rat, mit dem Ziel einer effektiven Ausgestaltung des CO₂-Grenzausgleichssystems (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM). Die Stahlindustrie ist auf ein effektives Carbon Leakage Instrument angewiesen. Damit der CBAM wirksam werden kann, müssen Umgehungen unterbunden, der CBAM-Schutz auf nachgelagerte Sektoren erweitert und Stahlexporte von CO₂-Kosten entlastet werden. Diese ersten Anpassungen müssen noch 2025 verabschiedet werden und mit der Scharfschaltung des CBAMs ab dem 1. Januar 2026 in Kraft treten.
4. Entwicklung eines Stahl-Aktionsplans auf Bundesebene, der konkrete Maßnahmen für die kommende Legislatur zur Wettbewerbsfähigkeit, Planungssicherheit und den Umbau zur Klimaneutralität festzurrt.

Kernelemente eines solchen Aktionsplans für eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie und ein starkes Deutschland in einem widerstandsfähigen Europa sollten sein:

Bekenntnis zum Industrie- und Stahlstandort Deutschland und Europa
Energieintensive Grundstoffindustrien wie der Stahl sind Basis des Wohlstands, für Wachstum und Resilienz.

Wettbewerbsfähige Energiekosten

Der Standortnachteil muss beseitigt und die Strompreise strukturell gesenkt

werden. Wir brauchen einen international wettbewerbsfähigen Strompreis für energieintensive Grundstoffindustrien wie den Stahl. Das gelingt durch:

- die Verstetigung der Netzentgeltsenkung
- die Ausweitung des Angebots
- die Verstetigung wichtiger Entlastungen, etwa der CO₂-Strompreiskompensation – für deren vollumfänglichen Erhalt und eine Verlängerung über 2030 hinaus sich die Bundesregierung in Brüssel einsetzt
- Entlastungen und Risiko-Absicherungen für Erneuerbare Energien-Langfristverträge (PPA)
- einen Industriestrom-Pool für die Versorgung mit klimaschonendem und grundlastfähigem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen
- bezahlbare Gaspreise und ein pragmatischer Ansatz bei der Definition von erneuerbarem Wasserstoff

Schutz vor globalen Überkapazitäten und Carbon Leakage

In Zeiten geopolitischer und geoökonomischer Verwerfungen und einem Krieg mitten in Europa muss die EU handlungsfähig aufgestellt werden. Dazu zählt auch der Schutz vor den Auswirkungen der global ungebremsst wachsenden Überkapazitäten im Stahlbereich, vor allem vor unfairen und zumeist klimaschädlichen Billigimporten aus Fernost. Dazu gehört unter anderem:

- konsequenter Einsatz der bestehenden EU-Handelsschutzinstrumente durch Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das WTO-Recht bietet
- Schaffung einer deutlich wirksameren und permanent bestehenden Nachfolgeregelung für die Safeguards bei der Europäischen Kommission
- Weiterentwicklung des EU-Grenzausgleichs CBAM zu einem effektiven Instrument gegen Carbon Leakage

Schaffung von Pilotmärkten für emissionsarme Grundstoffe

Mit marktwirtschaftlichen Anreizen sollte die Nachfrage nach emissionsarmen Grundstoffen gesteigert werden. Dazu werden Pilotmärkte für klimafreundliche Grundstoffe geschaffen – begonnen wird bei der öffentlichen Beschaffung. Hierzu:

- wird auf nationaler Ebene die Entwicklung des Vergabetransformationspaketes wieder aufgenommen

- werden auf europäischer Ebene die öffentlichen Beschaffungsrichtlinien konsequent auf den Einkauf von nachhaltigen und CO₂-armen Materialien ausgerichtet, verbunden mit European-Content-Anforderungen für Stahl
- werden Anreizsysteme auch für stahlverarbeitende Branchen (z. B. Bau-, Energie-, Automobilsektor) entwickelt

Mehr Pragmatismus und Flexibilität beim Wasserstoff

Als potenziell großer Nachfrager kann die Stahlindustrie Anker für den Wasserstoffhochlauf sein – aber nur, wenn dieser bezahlbar zur Verfügung steht. Da dies absehbar nicht der Fall ist, muss auch die Nutzung von Erdgas als pragmatischer Zwischenschritt anerkannt werden – sie führt in der Stahlproduktion bereits zu einer CO₂-Senkung von über 60 Prozent.

- Parallel sollten alle Maßnahmen ergriffen werden, um den Hochlauf zu beschleunigen. Statt einer strengen Farbenlehre muss die CO₂-Reduktion im Vordergrund stehen
- In Brüssel muss sich Deutschland für eine rasche Flexibilisierung bei den zu restriktiven Grünstromkriterien der EU-Erneuerbare Energien-Richtlinie RED II einsetzen
- Erforderlich ist zudem der schnelle Aufbau eines europäischen Pipeline-Netzes zum Anschluss an Länder mit guten Bedingungen für eine kostengünstige H₂-Produktion und eine staatliche Risiko-Absicherung für langfristige Bezugsverträge der Industrie

Bürokratie abbauen und Planungssicherheit schaffen

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht klare, effiziente und verlässliche Rahmenbedingungen. Die bei uns in Deutschland stetig wachsenden bürokratischen Anforderungen jedoch hemmen Investitionen, Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung. Um Unternehmen zu entlasten und neue Zukunftsprojekte anzuregen, ist ein konsequenter Bürokratieabbau unerlässlich.

- In der kommenden Legislaturperiode müssen spürbare und nachhaltige Entlastungen geschaffen werden. Dazu gehört etwa eine konsequente One-in, One-out-Regelung und eine Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien, um übermäßige nationale Zusatzanforderungen („Gold Plating“) zu vermeiden und wo erforderlich wieder rückgängig zu machen
- Unternehmen, wie die der Stahlindustrie, treffen mutige und langfristige Investitionsentscheidungen – etwa beim Umbau zur Klimaneutralität. Viele investieren Milliardenbeträge in eine nachhaltige Zukunft am Standort Deutschland. Doch langfristige Planungen benötigen

verlässliche politische Rahmenbedingungen über Legislaturperioden hinweg. Nur mit stabilen und berechenbaren Vorgaben kann Deutschland auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Industrie und Innovation bleiben

Beitrag der Stahlindustrie für eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft in Deutschland

Die deutsche Stahlindustrie leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Dekarbonisierung sowie zum Erreichen der deutschen und europäischen Klimaziele. Denn mit einem Anteil von rund 30 Prozent der industriellen CO₂-Emissionen in Deutschland bringen wir das gewaltige Einsparpotenzial von rund 55 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr mit. Die hervorragenden Recyclingeigenschaften von Stahl – der zu fast 100 Prozent wiederverwertbar ist – führen zur jährlichen Wiederverwendung von rund 20 Millionen Tonnen Stahl- und Eisenschrott. Durch diese Stahlkreisläufe sparen wir, insbesondere in Zusammenschau mit der Verwendung von Nebenprodukten wie Schlacke, im Vergleich zur konventionellen Hochofenroute rund 75 Prozent der CO₂-Emissionen ein sowie große Mengen an Rohstoffen.

Mit über 2.500 Stahlsorten für verschiedenste Anwendungen ist die Stahlindustrie für die strategische Resilienz der Wertschöpfungsketten unerlässlich. Auf die stahlintensiven Wertschöpfungsketten bestehend aus Stahlindustrie, stahlintensiven Abnehmern sowie Vorleistern, entfallen 23 Prozent (1,7 Billionen Euro) des Produktionswerts und 17 Prozent (591 Milliarden Euro) der Wertschöpfung der deutschen Gesamtwirtschaft. Vor allem der industrielle Mittelstand in Deutschland ist stahlintensiv: Etwa die Hälfte des Produktionswerts, der im Mittelstand erwirtschaftet wird, entfällt auf das sogenannte Wertschöpfungsnetzwerk Stahl. Etwa zwei Millionen Menschen (Anteil 37 Prozent) arbeiten im stahlintensiven Mittelstand.

Der Umbau der Stahlindustrie ist eine Chance, unsere gesamte Wirtschaft zukunftsfähig zu machen. Denn mit emissionsarmem Stahl tragen wir dazu bei, die CO₂-Bilanz unserer gesamten Abnehmerbranchen nachhaltig zu senken. Die Stahlindustrie verfolgt ambitionierte Klimaziele, die ein hohes Maß an politischer Flankierung benötigen.

Darum heißt es: Jetzt handeln für eine starke Stahlindustrie und ein resilientes Deutschland in einem wettbewerbsfähigen Europa.